

Aus den Verhandlungen des Regierungsrates

Neue kantonale Ausweisverordnung

Der Regierungsrat hat eine neue kantonale Ausweisverordnung erlassen. Er hat damit rückwirkend auf den 1. Januar 2003 die kantonalen Bestimmungen den neuen eidgenössischen Vorschriften angepasst. Zudem wird eine benutzerfreundliche und gestraffte Regelung geschaffen. Im Wesentlichen regelt die Verordnung die Zuständigkeiten und die Gebührenaufteilung zwischen Kanton und Gemeinden. Wie vom Bund vorgeschlagen und von den Gemeinden beantragt, gehen bei den ordentlichen Pässen und den Identitätskarten 60% des - nach Abzug der Produktionskosten und des Anteils des Bundes - verbleibenden Gebührenanteils an die Gemeinden und 40% an den Kanton.

Gemäss Bundesgesetz wird neu auch die Identitätskarte über das Passbüro abgewickelt. Damit wird sich im Passbüro die Anzahl Geschäfte auf rund 12'000 Fälle verdoppeln. Die Bestellverfahren von Pass und Identitätskarte sind heute identisch.

Christoph Roost wird neuer Leiter des Sozialamtes

Der Regierungsrat hat Christoph Roost, Schaffhausen, als neuen Leiter des kantonalen Sozialamtes angestellt. Er tritt die Nachfolge von Heinz Haslebacher an. Christoph Roost ist 46 Jahre alt. Nach mehrjähriger Tätigkeit als Zollbeamter und praktischer Sozialarbeit bildete er sich zum diplomierten Sozialpädagogen aus. Zur Zeit obliegt Christoph Roost die Leitung der Auffang- und Beratungsstelle "Schärme", der "Gassenküche", des Tagesraums Schaffhausen "TASCH" sowie der Organisation der heroingestützten Behandlung. Christoph Roost wird seine neue Stelle am 1. Mai 2003 antreten.

Regierung verlangt Überarbeitung der Schall- und Laserverordnung

Der Regierungsrat fordert - in Übereinstimmung mit der Ostschweizer Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektoren-Konferenz - eine grundlegende Überarbeitung der vorgeschlagenen Schall- und Laserverordnung. Hauptkritikpunkt ist die mangelnde Vollzugstauglichkeit und die Nichtberücksichtigung der bisherigen Vollzugserfahrungen, wie die Regierung in ihrer Vernehmlassung an das Bundesamt für Gesundheit festhält.

Die Regierung begrüsst zwar das Ziel, das Publikum vor schädlichen Auswirkungen von Schall und Lasern zu schützen. Es muss aber bezweifelt werden, ob dies mit der angestrebten Veränderungsänderung erreicht werden kann. Der Verordnungsentwurf bringt den Vollzugsorganen einen nicht mehr praktikablen Aufwand. Die Verordnung sollte wesentlich mehr Gewicht auf die Eigenverantwortung der Veranstalter legen, Anforderungen an die bauphysikalische Gestaltung der Lokale enthalten und den Aufwand im Laserbereich erheblich reduzieren. Der Regierungsrat spricht sich im Weiteren im Interesse des Gesundheitsschutzes gegen eine Erhöhung des Schallpegels bei Tanzveranstaltungen aus. Jugendliche und junge Erwachsene leiden zunehmend an irreversiblen Ohrenschäden. Der Schutz vor zu hohen Schallpegeln an Veranstaltungen stellt einen wichtigen Aspekt der Gesundheitsvorsorge dar.

Genehmigung von Gemeindeerlassen

Der Regierungsrat hat die von der Gemeindeversammlung Osterfingen am 22. November 2002 und die von der Gemeindeversammlung Büttenhardt am 4. Dezember 2002 beschlossene Gemeindeverfassung genehmigt.

Personelles

Der Regierungsrat hat unter bester Verdankung der geleisteten Dienste Kenntnis genommen von den Rücktritten von Dr. Heinz Borer, Hauptlehrer für Chemie an der Kantonsschule Schaffhausen, und Markus Wüthrich, Hauptlehrer für Geschichte an der Kantonsschule Schaffhausen, auf den 31. Juli 2003.

Schaffhausen, 28. Januar 2003, *Staatskanzlei Schaffhausen*